

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 5.— Mk., vierteljährlich 15.— Mk.
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 4-spaltige Zeile 1,30 Mk. von auswärts 2.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegen nach bef. Tarif, die 3-spaltige Reklameweile 5.— Mk. von auswärts 6.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postkonton Danzig 2946.
Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 9300.

Nr. 74

Donnerstag, den 31. März 1921

12. Jahrgang

Die Rückkehr des Kaisers Karl.

Wien, 30. März. Aus hiesigen monarchistischen Kreisen erfährt das „Wiener Tagblatt“, daß die Landbevölkerung in Scharen nach Steinamanger wandert, wohin sich her nach Budapest zurückgekehrte Kaiser Karl vorerst begeben hat. Die Garnison Steinamanger sei schon bereit gewesen, gegen Budapest zu marschieren. König Karl habe aber Einspruch erhoben, um unnötiges Blutvergießen zu vermeiden. Er verlangte dagegen, daß man sich noch einmal mit Budapest in Verbindung setzen solle. Daraufhin stellte Graf Andrássy der ungarischen Regierung in Budapest eine Art Ultimatum. Zwischen dem Außenminister Graf und dem Grafen Julius Andrássy seien Verhandlungen im Gange.

Wien, 30. März. (W. T. B.) Das Erscheinen König Karls in Ungarn erregte hier zwar großes Aufsehen aber keine Beunruhigung. Die Mehrzahl der Blätter betont, daß der König schlecht beraten war, als er sich zu diesem Schritt entschloß. Für Oesterreich seien keine Verwickelungen zu befürchten.

Die Blätter bringen Einzelheiten über die Vorgänge in Budapest. Danach habe der König den Reichsverweser aufgefordert, ihm die Macht zu übergeben, doch erwiderte Hortn, daß der König Unmögliches verlange. Er (Hortn) habe sein Amt von der Nation erhalten und er könne dieses Amt nur der Nation wieder zurückgeben. Er wolle, vor der Wahl zwischen König und Volk gestellt, sich auf die Seite des Volkes stellen. Der König solle warten, bis das Parlament die Entscheidung getroffen habe. Der König war durch diese Mitteilung außerst erbittert und ließ seiner tiefsten Enttäuschung Ausdruck gegeben haben, da er einen päpstlichen Empfang in Ungarn erwartet hatte.

Im Zusammenhang mit dem Erscheinen des Königs in Ungarn hat, wie die Blätter melden, die Regierung die Verhaftung des monarchistisch gesinnten ehemalsen Ministers des Innern Benik und des Präsidenten des Vereins des ermachenden Ungarn Entschloß verfügt. Auch der ehemalige Stadtkommandant von Budapest, Raffale soll verhaftet worden sein.

Sektionschef Schragor äußerte sich gegenüber einem Mitarbeiter des „Wiener Tagblatts“: Da die Reise des Kaisers Karl nach Ungarn nun einmal durch geführt ist, gibt es nichts anderes, als durchzuführen. Die Nachrichten aus Steinamanger besagen, daß die Lage für König Karl zunehmend günstiger wird. Das Korps Behar und die angrenzenden Garnisonen haben sich dem König zur Verfügung gestellt und ihren Entschluß kundgegeben, gegen Budapest zu marschieren, falls die ungarische Regierung nicht dem legitimistischen (monarchistischen) Standpunkt kapitulieren würde.

London, 30. März. Wie Reuters erfährt ist die britische Regierung unter keinen Umständen gewillt, die Wiedererrichtung der bobatunischen Monarchie zu gestatten, da sie sich vergebens bemüht, daß die Wiedereinkünfte Karls zu internationalen Verwickelungen führen und der Frieden Mitteleuropas gefährden würde.

Der kommunistische Hegenkessel.

Halle, 30. März. (W. T. B.) Ein Kommando der Schutzpolizei übertrahle in einer Villa in der Reifstraße eine kommunistische Zusammenkunft. Zwei Flüchtlinge wurden erschossen. Aus Papieren und Akten, die man im Hause fand, geht hervor, daß man hier auf das Hauptzentrum der Leitung des mitteldeutschen Aufsturus gestochen war. Man fand ganze Werke von vorzüglichsten Generalsstabsoffizieren Mitteleuropas, sowie Verkehrsarten mit Eintragungen von Sprengstoffen, die bereits ausgeführt waren, oder werden sollten. Ferner fand man militärische Karten, aus denen die Aufstellung der militärischen Organisationen der roten Armee in Mitteleuropa, die Einteilung der Städte, die Routen der Kavallerie usw. hervorgeht. Die beiden Erschossenen sind der bekannte Hallenser Kommunist Schneidewind und ein gewisser Harzdorf, ein 19 jähriger junger Mann aus Halle. Man fand auch Pläne, die sich auf die Aktion gegen die Stadt Halle bezogen und die Absichten der kommunistischen Leitung in Halle zutage förderten.

Kommunistische Wählarbeit in Nordbayern.

Nürnberg, 30. März. (W. T. B.) Die Kommunisten fangen an, auch in Nordbayern sich zu regen. Heute morgen wurden in Nürnberg Flugblätter und Handzettel verbreitet, in denen zum Generalstreik und zur Verhinderung von Waffen-, Munition- und Truppentransporten nach Mitteleuropa aufgefordert wird. Der Bezirksvorstand der Sozialdemokratischen Partei Franken ruft die Arbeiterschaft auf, den Moskauern nicht die Kasernen aus dem Feuer zu holen, geschlossen in den Betrieben zu bleiben und sich nicht von unverantwortlichen, gewissenlosen Leuten aufheben zu lassen. Heute vormittag ist das kommunistische Organ der „Werkruf“ verboten worden.

Vollständige Arbeitsaufnahme in Berlin.

Berlin, 31. März. Auch der gestrige Nachmittag ist in Berlin und Umgebung ohne Zwischenfälle verlaufen. Da wo noch am Dienstag kleine Teile der Arbeiterschaft gestreikt haben, ist gestern durchweg die Arbeit in vollem Umfange wieder aufgenommen worden. Auch gestern versuchten die Kommunisten neue Attentate zu inszenieren, die aber verhindert werden konnten. Wie die Auffindung eines Dynamitpaketes zeigte, sollte die Oranienbrücke in die Luft gesprengt werden. In die Kraftzentrale der U. E. G. in der Huttenstraße warf ein unbekannter Mann eine Handgranate, die aber zum Glück nicht explodierte. — Die Kriminalpolizei hob gestern im Verein mit Schutzpolizei eine Kommunistenversammlung in der Görlitzer Straße aus. Unter den Teilnehmern befand sich ein von der Staatsanwaltschaft wegen gemeiner Verbrechen verfolgter Mann.

Bombenanschlag und Generalstreikheize in Königsberg.

Königsberg, 30. März. (W. T. B.) Gestern abend gegen 9 Uhr erfolgte auf dem zwischen den Kasernen gelegenen Kanonenweg an der Kranzerallee eine starke Detonation. Zahlreiche Fensterscheiben gingen in Trümmern. Man nimmt an, daß es sich um geballte Ladungen handelt, die mit einer Zündschnur zur Entzündung gebracht worden sind.

Die Hafenarbeiter sind in den Ausstand getreten. Das Gewerkschaftshaus wurde vorübergehend von der Sicherheitspolizei besetzt, da die Kommunisten beabsichtigten eine politische Verlammlung der streikenden Hafenarbeiter abzuhalten. An Versuchen die Königsberger Arbeiterschaft ebenfalls in einen Generalstreik hineinzubringen, hat es nicht gefehlt. Jedoch waren diese Bemühungen der Kommunisten bisher erfolglos. Das kommunistische Organ „Die Rote Fahne des Ostens“ ist durch Verordnung des Militärbehalters bis auf weiteres verboten und die Druckerei geschlossen worden.

Deutscher Protest gegen die alliierte Besetzung.

Berlin, 30. März. (W. T. B.) Gestern ist in Genf dem Generalsekretariat des Völkerbundes eine neue Denkschrift der deutschen Regierung über die Ausdehnung der Besetzung im Westen zugestellt worden. Die Denkschrift hat folgenden Wortlaut: Die Truppen der alliierten Mächte sind nach der Besetzung von Duisburg, Ruhrort und Düsseldorf weiter vorgerückt und haben auch die Orte, Walfun, Ratingen, Welsch, Marloh sowie die Bahnhöfe Mülheim-Speldorf und Oberhausen-West besetzt. Nach den vorliegenden Meldungen über die Truppenbewegung scheint noch eine weitere Ausdehnung der Besetzung beabsichtigt zu sein. Die deutsche Regierung erhebt Protest gegen diese Fortsetzung der Verletzung von Recht und Vertrag. Sie stellt das Verlangen, daß das von ihr bereits beantragte Schlichtungsverfahren gemäß den Artikeln 12—17 der Völkerbundakte auf die neuen Maßnahmen der Alliierten ausgedehnt wird.

Die Existenzunterbindung der deutschen Presse.

Hannover, 30. März. (W. T. B.) Die infolge der drohenden Katastrophe für das Zeitungsgewerbe nach Hannover zusammengerufenen deutschen Zeitungsverleger und Delegierte aller Verlegerverbände haben einstimmig eine Entschliekung gefaßt, in der es u. a. heißt: Die Versammlung der deutschen Zeitungsverleger hat mit Bestürzung und tiefer Besorgnis Kenntnis genommen von der neuen, der Presse angefohlenen, ungeheuren und völlig unerträglichen Belastung durch eine Erhöhung des geltenden Papierpreises, die allein für sich eine weitere Verteuerung um das fünf- bis sechsfache des Friedenspreises des Papiers betragen soll. Wird diese Riesentlast der Presse und dem öffentlichen und Wirtschaftsleben auferlegt, so muß sich in absehbarer Zeit ein Niedergang der Presse vollziehen, der Tausende und Abertausende von Existenzen vernichtet. Die Versammlung erhebt ihre warnende Stimme dagegen, daß die Presse in dem Augenblick, da ihr Wirken im öffentlichen und nationalen Interesse insbesondere auch in den bedrohten und besetzten Provinzen notwendiger als je zuvor, geschwächt und zerrüttet wird. Sie macht Regierung und Parlament vor allem auch verantwortlich für die Einschränkung der Zeitungen und die für jeden Postkiter klar vorauszu sehenden politischen Folgen.

Internationale Arbeiterkonferenz zur Wiedergutmachungsfrage.

Amsterdam, 30. März. Morgen beginnen in Amsterdam drei internationale Arbeiterkonferenzen, nämlich der internationale Gewerkschaftskongress und die Tagung einerseits der zweiten Internationale und andererseits der sogenannten Wiener Arbeitsgemeinschaft. Alle drei Konferenzen haben sich als gleiches Thema die Erörterung der deutschen Reparationsleistung gestellt.

Der kommunistische Krampf.

Ferdinand Lassalle spottet in einer seiner berühmten Reden über die Leute, die da meinen, den Ausbruch einer Revolution willkürlich, mit der Uhr in der Hand bestimmen zu können. Revolutionen werden nicht gemacht, lehrt er. „alle. Aber Lassalle hat ja auch das gleiche Wahlrecht als die sie, die Waffe genannt, nach deren Besitz die Arbeiter trachten müßten, also war er ein finsterner Sozialverräter und Menschewist, dem kein prinzipienfester Kommunist Glauben schenken kann.

Nämlich unsere Kommunisten wollen jetzt einmal wieder die Revolution mit der Uhr in der Hand kommandieren. Sie meinen: Wenn man aus allen Pressefehlen gleichzeitig wie befehen brüllt, dann müßte die Sache schon gehen.

Doch lassen wir allen Scherz beiseite und stellen wir sachlich-nüchtern den Tatbestand fest: Dann erwidern wir, daß die Hauptblätter der Kommunisten seit einigen Wochen ohne jeden ersichtlichen konkreten Grund ein wahrstunntiges Geschrei angestimmt haben. Die hysterische Befessenheit gipfelte in dem

unausgesetzten Ruf zu den Waffen.

So brachte die Berliner „Rote Fahne“ seit dem 18. März — und sie erscheint zweimal täglich — keine Nummer mehr heraus, in der nicht die Arbeiterschaft aufgefordert wurde, sich Waffen zu verschaffen und der Orgesch mit der Waffe in der Hand entgegenzutreten. Das hiesige „Freie Volk“ ist ja in diesen Tagen ebenfalls nur ein naturgetreuer Abklatsch der heberischen Propaganda der kommunistischen Zeitungen in Deutschland.

Selbst die in dieser Beziehung doch sicher unverdächtige „Freiheit“, das Zentralorgan der Unabhängigen, stellt mit Erstaunen fest, daß zu solcher Aufgeregtheit auch nicht der mindeste positive Grund vorhanden ist. Es hat sich in der letzten Zeit nicht das Mindeste ereignet, was gerade im gegenwärtigen Augenblick die Gefahr einer Gegenrevolution besonders groß oder besonders heftig erscheinen ließe.

Auch die „Rote Fahne“ wußte nichts weiter anzuführen, als die Verhischungen von ein paar Hundertschaften Sicherheitspolizei in Mitteldeutschland. Freilich suchte sie in ihrer Verlegenheit „Beweise“ herzubekommen, wo sie nur zu haben find. Eine Reichswehrkompanie in Marburg suchte noch Soldaten einzufassen. Da nun zufällig aus Marburg auch die Reichswehrtruppen flüchten, so kreischt die „Rote Fahne“: Marburg — das ist die Gegenrevolution, Marburg — das ist der weiße Schrecken usw. usw.

Wer zu solchem Quatsch keine Lust hat nehmen muß, der bemerkt, daß ihm ernsthaftere Gründe fehlen. Das Geschrei der kommunistischen Blätter zu den Waffen muß andere Ursachen haben, als pflichtliche Angst vor der Gegenrevolution. Diese Ursachen liegen auf der Hand. Vor einem halben Jahre wurde von den Kommunisten die U. E. P. gespalten, weil ihr reformistischer Flügel das

Hindernis für den Ausbruch der Weltrevolution

sein sollte. Der linke Flügel der U. E. P. vereinigte sich mit der R. P. D. Man gewann dadurch bei Wahlen ein paar (aber nicht viel) kommunistische Stimmen mehr, doch die Weltrevolution ließ auf sich warten. Nunmehr ging die R. P. D. dazu über, ihre eigene Leitung abzulegen. Levi, Däumig, Clara Zetkin usw. erwiesen sich als zu schlapp, radikalere Elemente wie Brandler mußten an die Spitze. Aber die Weltrevolution kam deswegen immer noch nicht.

Nun befanden sich die neuen Führer in einer verzweifellen Lage. Sie hatten die alten weggeholt mit dem Geschrei, daß nicht geredet, sondern gehandelt werden müsse. Jetzt waren sie an der Spitze, wenn sie nun nicht handelten, kostete es sie den Kopf. Deshalb suchten sie nunmehr irgendeine wilde Aktion mit Gewalt zu erzwingen. Durch maßloses Schreien und Kreischen, daß sich Tag für Tag wiederholte, sollten die Anhänger der R. P. D. um den Rest ihres Verstandes gebracht, in sinnlose Raserei gesetzt werden. Man brannte, man schnte sich nach irgendeinem Zusammenstoß mit der Staatsgewalt.

Deshalb brachte die „Rote Fahne“ auch jeden Tag den Aufruf, auf das Entwaffnungsgebot zu pfeifen und sich Waffen zu verschaffen. Sie wußte: der Staat muß dagegen einschreiten. Schreit er aber ein, so hat man den Vorwand zu neuem Schreien, den Vorwand zu neuen Protestaktionen und Demonstrationen. Und dann wollte man durch weiteres Pfeifen auf das Geschrei Zusammenstöße und Blutvergießen provozieren. Das einmal geflossene Blut aber sollte weiter erregend und aufpeitschend wirken.

Dabei wissen diese gewissenlosen Hezer ganz genau, daß die von ihnen geführte Aktion mit einer

fürchterlichen Niederlage der Arbeiter

enden muß. Ein Leitartikel der „Roten Fahne“ stellte ganz objektiv dar, daß eine Rote Armee immer nur ein schwächliches Gebäude gegen die wohlorganisierte militärische Kraft des Staates sein dürfte. Wörtlich sagte der Artikel: „Jeder Kampf, in den sich eine illegal organisierte Rote Armee mit den militärischen Organisationen der Anterrevolution einlassen würde, wäre von vornherein verloren.“

Daß weiß man also, und trotzdem heßt man Tag für Tag die Arbeiter auf, „mit der Waffe in der Hand“ die Gegenrevolution niederzuschlagen. Die neue Leitung der R. P. D. erweist sich als gleich unfähig und verbrocherlich. Weil sie mit ihrer Heftigkeit am Ende ihres Latens angelangt ist, sollen die Arbeiter ihre Haut zu Markte tragen und sich in aussichtslosem Kampf hinschlachten lassen.

Berichtliche Prämierung des Ziegler'schen Kartoffelpreiswuchers.

Der Domänenpächter Oberamtmann v. Ziegler in Schwarzen- hede war bekanntlich von der Strafkammer wegen Höchstpreisüber- schreitung beim Verkauf von Kartoffeln freigesprochen worden.

In der Verhandlung, die gegenüber den Feststellungen des ersten Lemms nur wenig neue Momente erbrachte, traten mehrere Zeugen aus, daß sie sogar Preise bis 40 Mk. zahlen mußten.

Der Staatsanwalt beantragte eine Geldstrafe von 10 000 Mk. für Höchstpreisüberschreitung in meh- reren Fällen, in denen er mehr als 25 Mk. nahm.

Wenn auch diesmal eine Verurteilung des Angeklagten erfolgt ist, so müßte diese doch geradezu als ein Erfolg auf die Höchstpreis- und Wucherbestimmungen an.

Danzig und die Wiedergutmachungsfrage.

Senatspräsident Sahn begibt sich heute abend nach Paris zur Fortführung der Verhandlungen mit der Wiedergutmachungs- kommission.

Der wachsende Verkehr der Städtischen Sparkasse macht die Anschaffung einer neuen Rechenmaschine erforderlich.

Beihilfen zu Renten aus der Invalidenversicherung. Nach dem Gesetz vom 9. März 1921, betreffend eine außerordentliche Beihilfe für Empfänger von Renten aus der Invalidenversicherung.

Flugpost Berlin-Danzig-Königsberg (Pr.) und Danzig-Königsberg (Pr.)-Memel. Die von der Lloyd-Flug G. m. b. H. Berlin betriebene Flugpostlinie Berlin-Königsberg (Pr.) wird vom 1. April an über Danzig nach folgendem Flugplan geführt:

Gleichzeitig wird eine Flugpost Danzig-Königsberg (Pr.)-Memel von der Danziger Luft-Reederei mit Unterstützung der

Deutscher Luft-Reederei, Berlin, eingerichtet. Flugplan täglich ab Danzig 10.00, ab Königsberg (Pr.) 12.00, an Memel 1.00, zurück ab Memel 2.00, ab Königsberg (Pr.) 3.00, an Danzig 6.30.

Zusatzgüter. Was in der heutigen Nummer unserer Zeitung bekannt gemacht wird, wird von Montag, den 4. April in den Kolonialwaren-Geschäften außer zum Preise von 5.50 Mk. für das Pfund vertrieben.

Verlängerter Schichtdienst bei der Post. Vom 1. April ab werden bei den Postämtern in Danzig die Schalter während der Sommerzeit wieder bis 6 Uhr nachmittags offengehalten.

Beim Allgemeinen Gewerkschaftsbund der Freien Stadt Danzig sind für die Winterferien des Kollegen Thomä bis zum 1. März noch folgende Beiträge aus Sammlungen eingegangen:

Stadtkeller Danzig: Am kommenden Sonntag, nachmittags 2 1/2 Uhr, findet eine Aufführung des Eger'schen Lustspiels „Im Gaihof zum Schwann“ bei ermäßigten Preisen statt.

„Freie Bahn dem Tödligen!“ Der Landrat des Kreises Danziger Höhe gibt bekannt: Im Monat April ist der Abschuß folgender Wildarten gestattet: Ferkel, Gans und Kranichhähne, Dachs, Auerhähne, Ferkelhühner, wilde Schwäne, Kraniche, Brackvögel, Wachtelstörche und alle anderen jagdbaren Gänse- und Wachtel- vögel sowie Schurpen bis zum 15. April einschließlich.

Das Sammeln von Vieh- und Rindvieh in im Gebiet der Freien Stadt Danzig in diesem Jahre nach dem gesetzlichen Termine unverändert gelassen. Diese Eier dürfen alle, wie der Gesetz- ausschluß zu Danzig bekannt gibt, bis zum 30. April 1921 gesammelt werden.

Die Obduktion der ermordeten Margarete Schwidowierska fand gestern nachmittags durch den Kreisarzt Dr. Polakowitsch statt. Der Bericht ergab, daß der Tod durch einen mit großer Gewalt über den Kehlkopf geführten Schnitt mit einem offenbar sehr kleinen Messer herbeigeführt ist.

Polizeibericht vom 30. März 1921. Festgenommen: 12 Personen, darunter 2 wegen Diebstahls, 1 wegen Verstoßes des Fehlers, 2 wegen Hausfriedensbruchs, 6 in Polizeihalt. — Ob- dachlos: 1 Person.

Polizeibericht vom 31. März 1921. Verhaftet: 16 Per- sonen, darunter 2 wegen Diebstahls, 2 wegen Fehlers, 1 wegen Betruges, 2 wegen Widerstandes gegen die Staats- gewalt, 9 in Polizeihalt.

Zum Gemeindevorsteher von Klein-Trampfen ist der Politiker Adolf Roth zu Klein-Trampfen gewählt und als solcher vom Land- rat bestätigt worden.

Chra. Zum Standesbeamten des Standesamtes in Chra ist der Lehrer a. D. Julius Löffler in Gmaus (Tempelburg) ernannt worden. Der 1. Stellvertreter dieses Standesbeamten ist Rentier Friedrich Peters in Chra und der 2. Stellvertreter Amtssekretär Albert Wolke in Chra.

Oliva. Von Freitag, den 1. April ab können zur Verteilung: 500 Gramm Graupen zum Preise von 1.70 Mk. pro Pfund auf Marke 24 der Lebensmittelkarten in sämtlichen Geschäften.

Oliva. Ausgabe von Brennstoffen. Zur Belieferung werden aufgerufen: Sämtliche Nummern der Brennstoffkarte B. (Holz) Marke 30 mit je 2 Zentner Brennstoff. Die Brennstoffe sind zu haben bei Schubert und Tiep.

Rappol. Die Auszahlung der Familienunterstützung für April erfolgt je zur Hälfte am Freitag, den 1. und Freitag, den 15. April in bisheriger Weise.

Bereine, Versammlungen.

Der Interverband der Freien Stadt Danzig hielt gestern seine Jahreshauptversammlung ab. In 26 Zweigvereinen sind die Inter- ven des Freistaates vereinigt und sind diese Vereine im Interverband zusammengeschlossen.

schwerer Verstoß. In die Jahre in rechtlicher Sorge um das Fortbestehen der Pensionskasse. In Preußen wird dem Ansehen der Pensionskasse in 1921 2.600 Mk. das Pfund geliefert.

Die „Danzia“, Versicherungs-Vereinsgesellschaft, isther Welt- preisliche Feuer- und Lebensversicherungsgesellschaft, hat ihre Generalversammlung abgehalten.

Nach dem Bericht der Generalversammlung wurden Bürgermeister Haackelmann und Rechtsanwalt Schwegmann als Mitglieder des Rates wiedergewählt.

Nach den Gerichtssälen.

Die überlebende Tochter. Ein Danziger Rechnungsrat wurde nach Charakteristik verhaftet. Hier sich dort eine Wohnung zu beziehen, für die Rechnungsrat für und erlaubte sich auf dem Wohnungsbau.

Verkauf von Schafschaff. Im Sommer 1920 kaufte der Kleiderhändler Fried in Groß-Pollau von einem angeblichen Metzger aus Polen auf der Straße ein Kind und ein Schwein.

Urkundenfälschung und Unterschlagung. Der Handlungsgehilfe v. Mach in Danzig hatte sich vor der Strafkammer wegen schwerer Urkundenfälschung und Unterschlagung zu verantworten.

Kontenbande mit Spiritus. Der Gastwirt Ernst Ziemer in Mariensfelde führte im Januar im Wege des Schmuggels 400 und 640 Liter Spiritus aus Pommern ein und versuchte, den Spiritus in Kraut heimlich zu verkaufen.

Standesamt vom 31. März 1921. Todesfälle: Geschäftsdiener, Kriegsheimkehrer im Inf.- Regt. Nr. 129, Walter Dominik Wilschnewski, 24 J. 1 M.

S. P. D. Parteinachrichten.

Berein Arbeiterjugend Chra. Donnerstag, den 31. März, abends 7 Uhr im Jugendheim (Ev. Schule) Vortragabend des Gewissen Rothacker.

Standesamt vom 31. März 1921.

Todesfälle: Geschäftsdiener, Kriegsheimkehrer im Inf.- Regt. Nr. 129, Walter Dominik Wilschnewski, 24 J. 1 M. — Zimmergehilfe, Pianier im 1. Pianier-Batt. 17, Theodor Leopold Vogel, fast 27 J. — I. d. Eisenbahnarbeiters Walter Pleitner, 3 M.

